

## Fraktionsantrag

- öffentlich -

Datum: 12.02.2025

Antragsteller	CDU-Fraktion, WsR-Fraktion, B90/Die Grünen-Fraktion und Forum Neues Raunheim
---------------	--

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Stadtverordnetenversammlung	18.02.2025	beschließend

### Betreff:

**Gemeinsamer Prüfantrag der Fraktionen CDU, WsR, B90/Die Grünen und Forum Neues Raunheim  
Einrichtung eines kommunalen Lastenausgleichs für Anwohner von Rechenzentren**

### Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, die rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten zur Einrichtung eines kommunalen Lastenausgleichs für die Anwohnerinnen und Anwohner der neu errichteten Rechenzentren zu prüfen. Dabei sollen insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt werden:

#### **1. Bedarfsanalyse:**

Ermittlung konkreter Belastungen, die im Sachzusammenhang mit den Rechenzentren stehen (z. B. Lärm, Verkehr, Flächenversiegelung, Umweltauswirkungen und messbare Wertminderungen von Grundstücken und Immobilien).

#### **2. Finanzierungsmöglichkeiten:**

Prüfung, ob ein prozentualer Anteil der durch die Rechenzentren gezahlten Gewerbesteuer oder der Grundsteuer für die betroffenen Grundstücke zur Finanzierung eines Ausgleichsfonds genutzt werden kann.

- Identifikation möglicher finanzieller Beiträge der Rechenzentrumsbetreiber auf freiwilliger oder vertraglicher Basis.

- Prüfung, ob Fördermittel von Bund und Land für die Finanzierung eines solchen Fonds in Anspruch genommen werden können.

#### **3. Kompensationsmaßnahmen:**

Entwicklung möglicher Modelle zur Unterstützung der Anwohnerinnen und Anwohner, insbesondere im Hinblick auf die Wertminderung von Grundstücken und Immobilien.

#### **4. Bürgerbeteiligung:**

Einbindung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie der Ortsbeiräte in den Prüfprozess, um deren Bedürfnisse und Interessen angemessen zu berücksichtigen.

#### **5. Langfristige Umsetzung:**

**Antrag**  
**FA/2025-1032**



Untersuchung der Möglichkeit einer dauerhaften Förderung analog zum Regionallastenausgleichsgesetz, um langfristige Investitionen in die nachhaltige Entwicklung der betroffenen Stadtteile sicherzustellen.

Anlage(n):

(1) Gemeinsamer Prüfantrag der Fraktionen CDU, WsR, B90 und FNR